

# Listen und Tücke

Das grüne Personal für die Europa- und die Bundestagswahl / Von Stephan Löwenstein

BERLIN, 26. Januar

Bei der Aufstellung ihrer Liste für das Europaparlament haben die Grünen am vergangenen Wochenende in Dortmund einige Neulinge auf aussichtsreiche Plätze gewählt, deren Namen nach außen oder in die Partei hinein eine Signalwirkung zugemessen wird. Ersteres gilt für Sven Giegold und Barbara Lochbihler, deren Herüberwechseln von Attac und Amnesty International eine wieder stärkere Verbundenheit mit Nichtregierungsorganisationen und Basisgruppen zeigen soll. Die Binnenwirkung wird wohl von der Nominierung der unter dreißigjährigen Politiker Ska Keller und Jan Philipp Albrecht erhofft, die zwar noch nicht Gelegenheit hatten, sich in einem Beruf außerhalb der Politik zu beweisen, aber Offenheit der Partei für die Jungen im Allgemeinen und die Grüne Jugend im Besonderen symbolisieren. Zugleich ist die politische Repatriierung des einstigen DDR-Bürgerrechtlers Werner Schulz gelungen.

Dagegen zeichnen sich bei den Aufstellungen für die Bundestagswahl kaum vergleichbar symbolträchtige Veränderungen des Personals ab – mit bislang einer möglichen Ausnahme. Tarek Al-Wazir wird nach der für die Grünen erfolgreichen Hessenwahl, wo er als grüner Spitzenmann antrat, von vielen Parteifreunden zum Wechsel nach Berlin gedrängt. Ob er dem standhalten will oder kann, dazu hat er sich noch nicht geäußert. Im Übrigen wissen sich die meisten Kämpen der ersten und zweiten Reihe zu behaupten.

Was die Europaliste betrifft, so haben die Signale von Dortmund auch einen Preis gehabt. So sind erfahrene Europaparlamentarier wie der Landwirtschaftsfachmann Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringsdorf oder die Umweltpolitikerin Hiltrud Breyer verdrängt worden – offensichtlich aus dem Gefühl heraus, sie seien lange genug auf ihren Sesseln gesessen, und jetzt seien eben andere „dran“. Freilich verlieren die Grünen damit ein Maß an Sachkenntnis und Vernetztheit in Brüssel und Straßburg, das die Nachfolger so schnell nicht werden ersetzen können. Frau Breyer wird Einfluss auf das jüngste EU-Verbot bestimmter Pestizide zugeschrieben. Graefe zu Baringsdorf, der in Deutschland auch in den Medien ein „Gesicht“ für die grüne europäische Landwirtschaftspolitik war, hat zuletzt das EU-Genetechnikrecht (gentechnikfreie Regionen) oder die wichtige Überprüfung der EU-Agrarreform von 2006 beeinflusst. Eine Reihe von Aktivisten und Funktionären der Biobauern und Umweltverbände hatte sich daher in einem Brief an die Grünen für „FriWi“ starkgemacht, aber vergeblich. Zumindest haben die Delegierten dann

den hessischen Biobauern und Landtagsabgeordneten Martin Häusling als Mann von Fach und Scholle auf die Liste gesetzt.

Für die Bundestagswahl gibt es keine Bundesliste, sondern Landeslisten. Bei den Grünen haben seit September sechs Landesverbände ihre Listen gewählt; bis Mai zieht sich das Prozedere noch hin. Die erste Versammlung aus diesem Reigen, die in Thüringen, ist zudem wegen eines Formfehlers ungültig und muss Ende Februar wiederholt werden. War die Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt, seit 1994 im Bundestag, wegen tiefer Querelen in ihrem Landesverband lange erkennbar nervös gewesen, so scheint ihre Bestätigung nunmehr unangefochten zu sein.

Die Bundestagsvizepräsidentin ist die namhafteste Grüne aus den ostdeutschen Flächenländern, in denen ihre Partei seit je einen schweren Stand hat. Außer in Sachsen stellt sie überall dort nur einen Bundestagsabgeordneten. Von den beiden Sachsen bewirbt sich Monika Lazar wieder, zuständig für die Verteidigung gegen die dunklen Künste (im grünen Funktionsjargon: Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus), während der Leiter der Arbeitsgruppe Ost, Peter Hettlich, nicht wieder antreten will. Die Ost-Grünen werden dieses Jahr zudem ihre dünne Personaldecke neben den Wahlkämpfen für das Europaparlament und den Bundestag auch noch für die Landtags- (in Sachsen, Thüringen und Brandenburg) und Kommunalwahlen (in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen) strapazieren müssen.

Die bisherigen Listenaufstellungen in Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben keine spektakulären Neuerungen erbracht. In Nordrhein-Westfalen wollte Winfried Nachtwei nicht wieder antreten, ein Verlust an verteidigungspolitischem Sachverstand, der in der Fachwelt sehr bedauert wird. Auch die Frauenpolitikerin Irmgard Schewe-Gerigk scheidet aus. Die Führungsleute Bärbel Höhn und Volker Beck haben sich behauptet. Neu kommt unter anderen der frühere Landesvorsitzende Frithjof Schmidt.

Kontinuität an der Spitze herrscht auch in Niedersachsen mit Brigitte Pothmer und Jürgen Trittin. Doch hat die dortige „Neuenquote“ – jeder Dritte auf der Liste muss neu sein – zur Verdrängung der Abgeordneten Silke Stokar und Thea Dückert geführt. Ob in Bayern, wo am kommenden Wochenende die Liste bestimmt wird, auch ohne Quote ein ähnlicher Effekt eintritt, wird sich zeigen; alle sieben bayerischen Bundestagsabgeordneten wollen noch einmal antreten, die Parteivorsitzende Claudia Roth zuvörderst. In

Schleswig-Holstein hat sich eine unergelte Hundert-Prozent-Neuenquote ergeben: Die beiden Abgeordneten Grietje Staffelt und Rainer Steenblock wollten ausscheiden. Die dienstälteste Grünen-Abgeordnete Marieluise Beck, seit 1983 mit wenigen Unterbrechungen im Bundestag, will es in Bremen wieder wissen.

Die Berliner Grünen haben zwar auch eine Neuen-Drittelquote. Doch falls Hans-Christian Ströbele es zum dritten Mal schafft, in Friedrichshain-Kreuzberg das Direktmandat zu holen, zieht er wie bisher hinter der Fraktionsvorsitzenden Renate Künast und dem Innenpolitiker Wolfgang Wieland in den Bundestag ein. Ströbeles bislang einzigartigen Erststimmenerfolg will Krista Sager nachahmen. Sie tritt in dem Hamburger Wahlkreis Eimsbüttel an, wo die SPD so tief zerstritten ist, dass der Kreisvorstand den eigenen Kandidaten Danial Ilkhanipour nicht so recht unterstützen will. Frau Sager will schon viele zustimmende Reaktionen von Sozialdemokraten empfangen haben. Allerdings ist sie anders als Ströbele auf Platz eins der Landesliste abgesichert. In Baden-Württemberg hat die Listenaufstellung im vergangenen Oktober vor allem wegen einer Nicht-Neuigkeit Aufmerksamkeit erregt. Cem Özdemir, heute Parteivorsitzender, damals schon alleiniger Bewerber, wurde eine Mandatsaussicht verweigert. So bleibt dort im Wesentlichen die alte Riege, mit Kerstin Andreae und Fritz Kuhn an der Spitze. Nur die einstige Staatssekretärin Uschi Eid musste weichen.

Insgesamt dürfte die Fraktion wie bislang, was die Parteiströmungen betrifft, stärker von den Realos bestimmt sein. Doch könnten die Linken aufholen. Jedenfalls wird, wenn nicht doch Regierungsposten winken sollten, der Linke Trittin neben die – inzwischen – Reala Künast an die Fraktionsspitze zu treten beanspruchen. Schließlich sind beide zu „Spitzenkandidaten“ ausgerufen worden. Auch deshalb wird sich Frau Künast einen starken Realo wie Al-Wazir (hinter sich) im Bundestag wünschen.